Haushaltssatzung

der Stadt Bersenbrück für das Haushaltsjahr 2022

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Bersenbrück in der Sitzung am 03.03.2022 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird		
1.	im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
1.1	der ordentlichen Erträge auf	11.910.000 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	12.381.700 €
	<i>ordentliches Ergebnis</i>	-471.700 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	551.000 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
	<i>außerordentliches Ergebnis</i>	551.000 €
	<i>Gesamtergebnis</i>	79.300 €
2.	im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag	
2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.782.300 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.886.400 €
2.3	der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.164.500 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	5.369.800 €
2.5	der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.205.300 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	886.800 €
festgesetzt.		
<i>Nachrichtlich Gesamtbeträge:</i>		
	<i>der Einzahlungen des Finanzhaushaltes</i>	16.152.100 €
	<i>der Auszahlungen des Finanzhaushaltes</i>	17.143.000 €
	<i>Finanzmittelüberschuss/-defizit 2022</i>	-990.900 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 3.205.300 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden im Haushaltsjahr 2022 nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2022 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2022 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 380 v.H.

1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) 380 v.H.

2. Gewerbesteuer 395 v.H.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 25.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung im Sinne des § 115 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG ist gegeben, wenn sich Mehraufwendungen ergeben, die im Einzelfall 5 v.H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigen. Gleiches gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzhaushaltes.

§ 8

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 500.000 € festgesetzt.

Bersenbrück, den

Stadt Bersenbrück
Der Bürgermeister

Klütsch